Pfund's Milch-Seife
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.
Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt
(Ecke der Seestrasse 1).
Neuheiten:
Damen-Oberhemden
Damen-Cravatten
Damen-Unterröcke.
Strümpfe und Unterzeuge.
Imitirte schwedische Handschuhe.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Tuchwaaren.
Grösste Auswahl in Neuheiten für Frühjahr und Sommer der renommirtesten deutschen u. englischen Fabrikate zu billigsten Preisen.
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, part. und I. Etage.

Waisenhausstrasse 34. ◆ L. Weidig. ◆ Waisenhausstrasse 34.
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

Nr. 127. Spiegel: Englische Politik. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Gerichtsverhandlungen. „Sicilianische Bauernehre“. „Goldfische“. Lotterieliste. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher, wechselnd. | Sonnabend, 8. Mai.

## Politisches.

Lord Salisbury, der bisher mit einer anscheinend durch nichts zu erschütternden Gemüthsruhe in Nizza Villeggiatur hielt, während im Orient das griechische Hasenpanier vor dem tapferen Halbmond sich eilfertig rückwärts konzentrirte, hat nun endlich einmal seiner Neigung zur Bequemlichkeit einen Stoß gegeben und sich in einer Rede über die internationale Lage geäußert. Das ist für den englischen Premierminister, der im Grunde genommen ein abgesagter Feind von politischen Veranstaltungen und Erörterungen ist, schon eine anerkennenswerthe Selbstüberwindung, ein persönliches Opfer, das er dem „Frieden Europas“ gebracht hat, dem er durchaus nichts Böses nachzusagen in der Lage war. Die Getreuen von der „Primrose League“ — der konservativen Vereinigung, sogenannt von ihrem Wahrzeichen, der Schlüsselblume — hatten den Lord wohl oder übel in ihre Mitte geschleppt und ihn zum Reden gezwungen. In dieser Versammlung erklärte Lord Salisbury, daß alle Befürchtungen betreffs der Folgen des griechisch-türkischen Krieges endgiltig zerstreut seien, daß der Friede Europas im Großen und Ganzen, abgesehen von lediglich örtlichen Streitigkeiten, auf eine bessere Grundlage gestellt sei und bessere Hoffnung für dessen Zukunft bestehe als jemals innerhalb der jüngsten Zeit. Eine solche Versicherung von so eingeweihter Stelle aus müßte für Alle, die aufrichtig die Ruhe in Europa lieben, eine höchst willkommene Kundgebung sein, wenn — Lord Salisbury eben nicht Lord Salisbury wäre. Der englische Premierminister hat jedenfalls das eine Gute, daß er persönlich ein großer Verehrer der Ruhe und Behaglichkeit und deshalb nur schwer zu einem aggressiven Entschlusse zu bewegen ist. Als Diplomat aber gehört er mit Leib und Seele der Schule Disraeli's an, die als leitenden Grundsatz der englischen Politik das Prinzip aufstellt: „Alles, was England nöthig zu haben glaubt, nimmt es sich, wenn nicht direkt, so auf Umwegen.“ Nach dieser Richtschnur hat auch Lord Salisbury immer gehandelt und deshalb ist dem sauersüßen Kompliment, das er jetzt dem europäischen Frieden gemacht hat, insoweit nicht zu trauen, als die freiwillige Mitwirkung Englands an der Aufrechterhaltung des Friedens in Betracht kommt. Die Ursache der augenblicklichen englischen Resignation ist offenbar die „bessere Grundlage“ des Friedens, von der Lord Salisbury spricht und die in der Uebereinstimmung der drei Kaisermächte zu suchen ist. Vor einem so starken Schutzwall müssen allerdings die „lediglich örtlichen Streitigkeiten“, deren entferntere Triebfedern Lord Salisbury ja nicht unbekannt sein können, ihren allgemeingefährlichen Charakter verlieren, und dieses Zugeständniß ist es, das in der Rede des englischen Premierministers auch von deutscher Seite mit Zustimmung begrüßt werden wird.

Sonst freilich haben wir in Deutschland keine Ursache, von der Rede des englischen Premierministers erbaut zu sein, zunächst aus dem Grunde nicht, weil Lord Salisbury ausdrücklich nur von der Sicherheit des europäischen Friedens redet. Von Südafrika hat der Lord dagegen weit weniger friedfertig gesprochen, obwohl man dreist behaupten darf, daß die dortige Lage augenblicklich das allgemeine Interesse in noch höherem Grade in Anspruch nimmt als das bereits besiegelte Schicksal Griechenlands. Lord Salisbury drückte sich mit Bezug auf die südafrikanischen Verhältnisse folgendermaßen aus: Wenn für England in Südafrika „Schwierigkeiten“ beständen, so sei dies deshalb der Fall, weil es darauf bestehe, daß die Verträge beobachtet würden. Englands Absichten gingen dahin, die Verträge seinerseits zu beobachten, sowie zu verhüten, daß „Andere“ dieselben zum Nachtheil Englands brächen. Die richtige Illustration erhalten diese Ausführungen durch die inzwischen unermüdlich fortgesetzten Truppensendungen nach Südafrika. Nahe an 35,000 Mann hat England bereits dort konzentrirt, die Ansammlung einer entsprechenden Artilleriemacht ist fast vollendet und zu alledem trifft auch noch die Meldung ein, daß an demselben Tage, an dem Lord Salisbury in der Primrose-League seine friedfertige Rede hielt, der größere Theil der englischen Kanalflotte mobilisirt wurde. Ein so auffälliger Widerspruch zwischen Worten und Thaten muß nothwendig den Verdacht erwecken, daß England die in Europa geschaffenen neuen Garantien für die Bewahrung des allgemeinen Friedens nur widerwillig acceptire und daß es sich für die ihm in Europa verwehrten Raubzüge in Südafrika gründlich schadlos zu halten gedenke. Das eröffnet uns einen Ausblick auf unsere nächste koloniale Zukunft, der uns mit sehr ernsten Sorgen zu erfüllen geeignet ist.

Die außerordentliche englische Machtentfaltung in Südafrika ist zwar in erster Linie gegen Transvaal gerichtet, zugleich aber enthält sie eine indirekte Drohung gegen unseren eigenen afrikanischen Besitzstand. Wenn mit dem Falle Transvaals erst einmal ganz Südafrika in englischen Besitz übergegangen ist, sitzen wir mit unserem ostafrikanischen Gebiet elendiglich eingekeilt zwischen England im Norden und England im Süden und dazu kommt von Westen der mehr und mehr zur englischen Filiale herabsinkende Kongostaat. Daraus erhellt, welche koloniale Lebensfrage es für uns ist, daß nicht nur die Unabhängigkeit Transvaals gewahrt bleibt, sondern auch unser ost- und südwestafrikanisches Schutzgebiet mit ausreichenden Streitkräften belegt wird, sowie daß wir zu einer maritimen Machtentfaltung gelangen, die den Engländern wenigstens die Lust verleidet, uns zur See einfach als verächtliche Masse zu behandeln. Wie die Dinge jetzt liegen, sind wir geradezu zur Ohnmacht und Unthätigkeit verurtheilt und können in der Hauptsache nur auf die erfolgreiche Mitwirkung der gesammten gegen England interessirten kontinentalen Diplomatie, sowie in letzter Linie auf die Tapferkeit der Buren rechnen, wenn wir unsere Stellung in Südafrika erfolgreich vertheidigen wollen. Daß man in Transvaal nach den Vorgängen zu Anfang des Jahres 1896 mehr von uns erwartet hat, liegt auf der Hand. Es ist daher auch nach Lage der Sache gar nicht unglaubhaft, wenn neuerdings gemeldet wird, der Staatssekretär von Transvaal, Leyds, der zur Zeit in London weilt, habe eine Art von Unterwerfungserklärung in der Tasche, und diese Sinnesänderung Transvaals sei dem Umstande zuzuschreiben, daß die Unterstützung Deutschlands nicht den erhofften praktischen Werth gehabt habe. Damit stimmt eine Berliner Nachricht überein, derzufolge die dortigen leitenden Kreise in ihren Anschauungen über die Stellung Deutschlands zu einem eventuellen englisch-transvaalischen Konflikt recht kleinmüthig geworden sind, Alles infolge der Erkenntniß der Unzulänglichkeit, an der unsere augenblicklichen Machtmittel zur See kranken. Angesichts einer so beschämenden Lage, in der wir uns augenblicklich befinden, mußte sich der „deutsche“ Reichstag auch noch gefallen lassen, daß Herr Bebel bei der Berathung des Auswanderungsgesetzentwurfs vor dieser „Falle“ eine „Warnung“ erließ, weil eine Flottenvermehrung im Anschluß daran als unvermeidlich vorauszusehen sei. Bei dem Centrum, auf das die Worte des sozialdemokratischen Führers vornehmlich berechnet waren, fand er damit natürlich bereitwilliges Verständniß, wenn auch Herr Dr. Lieber, um die Dehors zu wahren, eine gewisse formelle Unnahbarkeit gegenüber Herrn Bebel affektirte. Ein derartiges unqualifizirbares Spiel mit den höchsten Interessen der Nation ist ein hochgradiges patriotisches Aergerniß, an dem die Engländer ihre helle Freude haben werden, das für uns aber nur auf's Neue die völlige Unhaltbarkeit unserer gegenwärtigen parlamentarischen Zustände mit schmerzlicher Klarheit enthüllt.

Ein weiteres bedrohliches Moment für die fernere Entwickelung der internationalen Lage, soweit sie von dem guten oder bösen Willen Englands abhängt, bildet die dortige innerpolitische Situation. Lord Salisbury ist nämlich der Jingo- oder Kriegspartei im Lande zu pomadig in seinem Auftreten und es macht sich deshalb gegen ihn schon seit einiger Zeit eine starke Strömung geltend, die ihn auf die Ausübung der Ministerpräsidentschaft beschränken und die Abtrennung des Portefeuilles des Aeußeren von seiner Amtsthätigkeit herbeiführen will. Mit der Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten wünscht diese Richtung den „schneidigen“ Mr. Chamberlain zu betrauen. Wenn die Verwirklichung dieser chauvinistischen Absicht gelänge, dann müßte man sich auf dem Kontinent aller Voraussicht nach auf schlimme Dinge gefaßt machen, sowohl in Südafrika wie im Orient. Insbesondere dürfte dann von unserer Seite mit der mit Hochdruck aufgenommenen Erneuerung der Versuche zu rechnen sein, ein englisch-französisches Einverständniß gegen die gemeinsame Politik der drei Kaisermächte auszuspielen. Schon jetzt lassen untrügliche Anzeichen darauf schließen, daß Frankreich, durch geschichtliche Erfahrungen anscheinend unbelehrt, in dem „Concert“ der Mächte zum Theil nach englischen Noten spielt und daß Herr Hanotaux zwischen der von „entfernteren Hoffnungen“ getragenen englischen „Freundschaft“ und demjenigen politischen Anschluß, den Frankreich die solidarischen Interessen aller Kontinentalmächte gegenüber England vorzeichnen, in bedenklicher Weise hin und her pendelt.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Mai.

* **Berlin.** Dem Centralkomité der deutschen Vereine des Rothen Kreuzes wurde nunmehr amtlich mitgetheilt, daß der Sultan dringend wünsche, die Pflege im Yildizhospital der Abordnung des deutschen Rothen Kreuzes zu übertragen. Infolgedessen formirte das Centralkomité die für den türkischen Kriegsschauplatz bestimmte Expedition neu. Die Leitung wurde dem Professor Hahn übertragen, der sich übermorgen in Begleitung eines Obmanns und zweier Pfleger des Rauhen Hauses bei Hamburg nach Konstantinopel begiebt. Die auf den griechischen Kriegsschauplatz entsandte Abordnung wurde nach Volo beordert.

**Berlin. Reichstag.** Präsident v. Buol theilt mit, der Kaiser habe eine vergleichenden Tabellen über den Stand der deutschen Marine in den Jahren 1886 und 1896 dem Reichstage für dessen Bibliothek zugehen lassen. Der Präsident habe zunächst die Aufstellung dieser Tabellen behufs Einsichtnahme seitens der Abgeordneten angeordnet. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Antrags Colbus wegen Neuregelung der elsaß-lothringischen Landesausschußwahlen. — Abg Colbus (Els.) führt aus: Werde auch dieser Antrag wieder vom Bundesrath abgelehnt, dann solle es also dabei bleiben, daß die Elsaß-Lothringer Deutsche zweiter Klasse blieben, und dann dürfe man sich auch nicht wundern, wenn die Erbitterung der dortigen Bevölkerung steige und daselbst die Sympathien für Deutschland immer geringer würden, als sie vor dem Kriege waren. — Abg. Preiß (Els.) empfiehlt ebenfalls den Gesetzentwurf, indem er die angebliche Rechtslosigkeit der Elsaß-Lothringer und namentlich auch der dortigen Presse schildert, unter Hinweis auf die neuerliche Unterdrückung zweier Blätter aus Anlaß von Artikeln über die Centenarfeier. — Geh. Rath Hallen entgegnet, diese Artikel hätten Haß und Verachtung gepredigt und Beleidigungen gegen den Kaiser enthalten. Die „Elsässer Volkszeitung“, das Organ des Vorredners, habe geradezu Diejenigen als ehr- und charakterlos bezeichnet, die am 22. März jubeln würden. Die Regierung würde nicht ihre Pflicht thun, wenn sie da nicht einschritte. Ebenso sei das nöthig gegen die nach Ausweis der Berichte des Polizeipräsidenten auf Umsturz gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen in Elsaß-Lothringen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Bueb (Soz.): Das Polizeisystem in Elsaß-Lothringen sei dasselbe wie unter Napoleon III. Für die Unterdrückung der „Colmarer Zeitung“ und der „Mülhausener Volkszeitung“ habe es an jedem Grunde gefehlt. — Abg. Bebel (Soz.) beschwert sich über die Behandlung der Sozialdemokraten in Elsaß-Lothringen. Ihm sei es in Straßburg unmöglich gemacht worden, seinen Wählern über seine Thätigkeit im Reichstage zu berichten, auch habe man ihn durch Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt bewachen lassen. Herr Hallen irre übrigens, wenn er meine, die Centenarfeier habe den Beifall des ganzen Landes gehabt. Es sei überhaupt sehr fraglich, ob die Feier nur den größten Theil des Volkes hinter sich habe. Er bitte, vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen, damit endlich der Zustand in Elsaß-Lothringen, diese Schmach für Deutschland, ein Ende nehme. (Beifall links.) — Geh. Rath Hallen bestreitet, daß es Bebel durch die Thätigkeit der Straßburger Polizei unmöglich gemacht worden sei, dort Versammlungen abzuhalten. — Der Gesetzentwurf Colbus wird gegen Konservative, Reichsparteiler und den größten Theil der Nationalliberalen angenommen. — Es wird sodann die zweite Berathung des vom Abg v. Kardorf und Genossen eingebrachten **Margarinegesetz-Entwurfes** fortgesetzt. Am 2. und 3. April hatte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben bei Abstimmung über die gleichlautenden Anträge von Plötz und v. Gamp (Reichsp.): die in dem Gesetzentwurf enthaltene und von der Kommission gestrichene Bestimmung wieder herzustellen, nach der in Orten von 5000 oder mehr Einwohnern die Verkaufsräume für Margarine und Butter getrennt sein müssen. Die namentliche Abstimmung hierüber wird wiederholt, sie ergiebt Annahme des Antrags Plötz und Genossen mit 142 gegen 100 Stimmen. Dafür stimmten die Konservativen mit Ausnahme von v. Buchka, die Reichspartei mit Ausnahme von Merbach und Müller-Harburg, die Antisemiten mit Ausnahme von Klemm-Dresden, das Centrum mit Ausnahme von Trimborn, Wenders, Fritzen, Fusangel, Humann, ferner die beiden anwesenden Polen, die Nationalliberalen Blankenhorn, Oriola und Hische, von den Elsässern stimmte nur Colbus und zwar mit Nein, ebenso die beiden Welfen Hodenberg und v. Olenhusen. Sechs Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe, darunter Schulz-Lupitz, v. Stumm und v. Bernstorff-Uelzen. — § 7 der Vorlage, der von der Kommission unverändert angenommen ist, ordnet die Anzeigepflicht an für Denjenigen, der Margarinekäse oder Kunstspeisefett gewerbsmäßig herstellt oder vertreibt. — Abg. Wurm (Soz.) beantragt, die Anzeigepflicht auch auf den Produzenten und Vertreiber von Butter auszudehnen. — Abg. v. Plötz widerspricht diesem Antrag. Man könne die kleineren Butterproduzenten, die nur ab und zu etwas Butter verkauften, nicht nöthigen, dies anzumelden. — Staatssekretär v. Bötticher sieht keinen rechtlichen Zweck des Antrags ein, da das Gesetz keine Vorschriften über Produktion und Vertrieb von Butter anordne, auch § 8 gewähre der Polizei nur die Revisionsbefugniß bezüglich der Räume mit Butter-Inhalt, um zu revidiren, ob nicht verbotswidrig Butter mit Margarine vermischt werde. Der Antrag Wurm wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. — Morgen: Dritte Lesung des Auswanderungsgesetzes und des Margarinegesetzes.

**Berlin.** Der Reichskanzler hat für Mittwoch Einladungen zu einem größeren diplomatischen Diner ergehen lassen. — Der sächsische Legationssekretär v. Stieglitz ist von seinem sechswöchentlichen Urlaub aus Italien zurückgekehrt. — Offiziös wird mitgetheilt, daß die Frage der Wiederaufnahme der Justiznovelle zwar innerhalb der Parteien erörtert werde, regierungsseitig sei man jedoch noch nicht mit ihr beschäftigt. — Das **Abgeordnetenhaus** setzte die Berathung des Kultusetats fort. Zu dem Titel „zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 5 ½ Millionen“ wurde ein Antrag der Konservativen angenommen, wonach diese Mittel behufs Gewährung von Aufbesserungszulagen an bestehende Pfarreien und von Alterszulagen an Pfarrer wesentlich erhöht und in einer festen Summe den geordneten Organen der evangelischen und der katholischen Kirche zur eigenen Verwendung nach bestimmten staatsgesetzlich festzustellenden Grundsätzen überwiesen werden. Bei dem Medizinalwesen wünscht Abg. v. Werdeck die Berufung eines Homöopathen in die Ministerialinstanz. Dr. Eckels beschwerte sich über die Kurpfuscherei des Schäfers Ast und fand es befremdlich, daß die Staatsanwaltschaft noch nicht die Anklage wegen Betrugs gegen Ast erhoben habe. Dem Uebel der Kurpfuscherei könne gründlich nur durch die Bestimmung abgeholfen werden, daß die Ausübung der Heilkunde gegen Entgelt nur den approbirten Aerzten gestattet sei. Virchow vertheidigte dagegen die ärztliche Gewerbefreiheit. Weiterberathung morgen.

**Stettin.** Heute erfolgte auf der Grünen Schanze in der Wohnung des russischen Vicekonsuls Kappert bei der Reparatur der Gasleitung eine furchtbare Explosion. Fünf Personen wurden schwer verletzt, darunter zwei Dienstmädchen tödtlich. In demselben Hause erfolgte eine Stunde später, ein Stockwerk höher, durch dorthin gezogenes Gas eine zweite Explosion, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde.

**Wien.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhob sich ein beispielloser Sturm der Entrüstung, als der Justizminister in einer Rede bemerkte, die Antragsteller wegen der Ministeranklage hätten ihren Antrag selbst nicht ernst gemeint. Der Minister konnte nicht weiter reden, die Sitzung mußte unterbrochen werden. Während der Unterbrechung fand eine Berathung des Kabinets statt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wiederholte sich die gleiche Scene, sodaß die Worte des Justizministers unverständlich blieben. Später brachte der Präsident die vom Justizminister abgegebenen Erklärungen zur Verlesung. Der Präsident las: „Die Aeußerungen, die ich gethan habe und auf Grund welcher Sie mich an der Fortsetzung meiner Rede hinderten, gründen sich auf meine Auffassung, daß es sich bei den Anträgen, die in Verhandlung stehen, lediglich um eine parlamentarische Taktik gehandelt habe, wobei es mir selbstverständlich nicht beigekommen ist, durch Wiedergabe dieser Auffassung eine Partei beleidigen zu wollen.“ Darauf endlich trat Ordnung ein, und es wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

**Karlsbad.** Seit halb 4 Uhr steht das Hotel „Große Königsvilla“ in Flammen. Halb 6 Uhr sollten der Herzog von Sachsen-Altenburg und Prinz Albrecht von Preußen in derselben eintreffen. (Ihre Majestät Königin Carola wohnt in dem Hotel „Schöne Königin“.)

**Paris.** Für etwa 20 Opfer des Brandunglücks vom Dienstag wurde heute Vormittag in verschiedenen Kirchen Trauergottesdienst abgehalten. In den Kirchen und auf den Straßen, durch die sich der Trauerzug bewegte, war eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, die tiefe Bewegtheit kundgab.

**Rom. Kammer.** Auf Antrag di Sandonato's, den der Finanzminister Namens der Regierung unterstützte, wurde beschlossen, die tiefe Antheilnahme der Kammer und des Landes an dem Unglück in dem Pariser Wohlthätigkeitsbazar zum Ausdruck zu bringen.

**Rom.** Der Herzog von Aumale ist zu Zucco auf Sizilien, als er die Nachricht von dem Tode der Herzogin von Alençon erhielt, plötzlich an Herzschlag gestorben. Er verschied nach einer wenige Minuten andauernden Krisis, ohne zu leiden. Seine bei ihm weilende Schwester, die Herzogin Clementine von Coburg, ist schwer erkrankt.

Friedrich & Glöckner
Pirnaische Strasse 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27 b.
Oelfarben, Lacke, Fussboden-Schnelltrocken-Farben, Firnisse, Pinseln und Lehm.